



Hausärztinnen- und Hausärzteverbände starten Protestkampagne gegen GKV-Spargesetz / Umfrage: Patientinnen und Patienten lehnen Kürzungen bei den Hausarztpraxen klar ab

Berlin, 3. Juni 2026 – Vor dem Hintergrund der im Rahmen des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes geplanten Kürzungen in der hausärztlichen Versorgung starten die Hausärztinnen- und Hausärzteverbände eine bundesweite Protestkampagne. Die zentrale Maßnahme ist eine E-Mail-Aktion, über welche sich Patientinnen und Patienten direkt an ihre Bundestagsabgeordneten wenden können. Hierfür werden aktuell sämtliche, knapp 50.000 hausärztliche Praxen in Deutschland proaktiv mit entsprechendem Material ausgestattet.

„Dieses GKV-Spargesetz ist die größte politische Bedrohung für die hausärztliche Versorgung der letzten zwei Jahrzehnte. Die angedachten Kürzungen sind vollkommen plan- und wahllos. Damit legt man die Axt ohne Rücksicht auf Verluste an die Wurzel der hausärztlichen Versorgung. Die konkreten Folgen werden sein: weniger Praxen, schlechtere Versorgung und längere Wartezeiten. Daher haben wir eine bundesweite Protestkampagne ins Leben gerufen, mit dem Ziel, den Bundestagsabgeordneten deutlich zu machen, dass unsere Praxen, aber vor allem auch unsere Patientinnen und Patienten diesen Kahlschlag ohne Wenn und Aber ablehnen“, so Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth, Bundesvorsitzende des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes.

Das GKV-Spargesetz befindet sich derzeit im parlamentarischen Verfahren und sieht eine Reihe von Kürzungen für die hausärztliche Praxen vor, unter anderem:

- Für Verträge zur Hausarztzentrierten Versorgung (HZV) soll eine Versorgungsbremse eingeführt werden. Das bedeutet konkret: Die Versorgung neu eingeschriebener Versicherter soll zunächst nur mit einem Abschlag vergütet werden.
- Die Entbudgetierung der hausärztlichen Leistungen soll in Teilen wieder zurückgenommen werden.
- Die Organspendeberatung in den Praxen soll nicht mehr finanziert werden.
- Die Befüllung der elektronischen Patientenakte soll nicht mehr vergütet werden.
- Zukünftige Vergütungsanpassungen sollen in der hausärztlichen Versorgung, wie in anderen Bereichen auch, pauschal gedeckelt werden.

„Die hausärztlichen Praxen sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, so wie wir es in der Vergangenheit immer getan haben. Was die Bundesregierung jetzt jedoch plant, ist kein ausgewogenes Sparpaket, sondern ein blinder Rundumschlag, ohne Rücksicht auf die Versorgungsrealität. Unsere Kritik fokussiert sich dabei insbesondere auf zwei der geplanten Kürzungsmaßnahmen: zum einen die Versorgungsbremse für die HZV, zum anderen die teilweise Rückabwicklung der Entbudgetierung. Kurz vor der geplanten Einführung eines bundesweiten hausärztlichen Primärversorgungssystems das einzig existierende Primärversorgungssystem auszubremsen, ist vollkommen absurd! Wir fordern, dass die Bundesregierung mindestens an diesen beiden Punkten nacharbeitet. Dieser Forderung werden wir in den kommenden Wochen, auch mit Unterstützung unserer Patientinnen und Patienten, massiven Nachdruck verleihen“, so Dr. Markus Blumenthal-Beier, Bundesvorsitzender des Hausärztinnen und Hausärzteverbandes.

Diese Woche erhalten sämtliche, knapp 50.000 hausärztliche Praxen postalisch eine Zusendung mit Plakaten und Informationsmaterial. Zusätzlich wurde unter www.hausarztpraxen-retten.de eine Landingpage mit weiteren Informationen und Materialien zum Runterladen ins Leben gerufen. Über einen QR-Code auf den Plakaten sowie über die Landingpage können Patientinnen und Patienten

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.

Bereits mehr als 32.000 Hausärztinnen und Hausärzte haben sich dafür entschieden, Mitglied in ihrem Hausärztinnen- und Hausärzteverband zu werden. Damit ist der Bundesverband mit seinen 18 Landesverbänden die größte berufspolitische Vertretung für Hausärztinnen und Hausärzte in Deutschland. Er vertritt die berufspolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Krankenkassen, in Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen.



sich direkt per E-Mail an ihre Bundestagsabgeordneten wenden und über diesen Weg ihre Besorgnis über die Auswirkungen des GKV-Spargesetzes auf ihre hausärztliche Versorgung zum Ausdruck bringen.

Repräsentative Civey-Umfrage: Befragte sehen kein Einsparpotenzial in hausärztlichen Praxen.

Der Hausärztinnen- und Hausärzteverband hat vor diesem Hintergrund eine repräsentative Civey-Umfrage unter 5.000 Bürgerinnen und Bürgern in Auftrag gegeben. Zentrale Ergebnisse sind:

- Knapp 96 Prozent der Befragten sagen, dass es ihnen vor dem Hintergrund der geplanten Sparmaßnahmen wichtig ist, dass die hausärztliche Versorgung gesichert bleibt.
- 77 Prozent erwarten, dass sich die geplanten Sparmaßnahmen negativ auf die hausärztliche Versorgung auswirken. Knapp 60 Prozent erwarten, dass die Praxen weniger Zeit pro Patientin/Patient haben, ebenfalls 60 Prozent befürchten längere Wartezeiten.
- Nur ein Prozent der Befragten gibt an, dass am ehesten in der hausärztlichen Versorgung gespart werden kann, um die GKV-Beiträge zu stabilisieren. Besonderes Einsparpotenzial sehen die Befragten hingegen bei der Pharmaindustrie (57,3 Prozent) und bei den Krankenkassen (43 Prozent). Selbst bei den Versicherten sehen die Befragten mehr Einsparpotenzial als in der hausärztlichen Versorgung (maximal drei Mehrfachantworten waren möglich).

„Aus unserer langjährigen Erfahrung wissen wir, dass die Patientinnen und Patienten hinter ihren hausärztlichen Praxen stehen. Dennoch haben die sehr eindeutigen Umfrageergebnisse selbst uns überrascht. Dass nur ein verschwindend geringer Anteil von einem Prozent der Befragten Einsparpotenzial in den hausärztlichen Praxen sieht, während 57 Prozent bei der Pharmaindustrie, 43 Prozent bei den Krankenkassen, 8 Prozent bei den Krankenhäusern und 7 Prozent sogar bei den Versicherten sparen wollen, ist ein ganz klares Statement der Versicherten. Vor diesem Hintergrund sollte sich die Bundesregierung noch einmal genau überlegen, ob die Lastenverteilung bei den Einsparungen gerecht und im Sinne der Bevölkerung ist“, so Blumenthal-Beier.

Buhlinger-Göpfarth ergänzt: „Unsere Praxen sind wie immer zum Dialog und zu Kompromissen bereit. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung aber auch nicht unterschätzen, wie wichtig den Menschen ihre hausärztliche Versorgung ist. Sie sehen jeden Tag, wie unsere Praxen kämpfen, um die Versorgung aufrechtzuerhalten. Das sollte auch Bundesgesundheitsministerin Nina Warken nicht ignorieren und dieses Gesetz anpassen.“

Civey hat für den Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V. vom 22.5. bis 25.5.2026 online 5000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ab 18 Jahren befragt. Die Ergebnisse sind aufgrund von Quotierungen und Gewichtungen repräsentativ unter Berücksichtigung des statistischen Fehlers von 2,6 Prozentpunkten beim jeweiligen Gesamtergebnis. Die Ergebnisse auf Ebene der Bundesländer sind repräsentativ auf Basis einer modellbasierten, statistischen Methode für kleine Datenräume. Der statistische Fehler auf Ebene der Bundesländer liegt zwischen 4,0 und 6,1 Prozentpunkten.

Alle Ergebnisse der Umfrage und sämtliche Presseunterlagen finden Sie unter <http://www.haev.de>.

Pressekontakt

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.
Bleibtreustraße 24 · 10707 Berlin

☎ 030 887 143 73-60

✉ pressestelle@haev.de

🌐 www.haev.de